



ASIEN/KASACHSTAN - Neue „Agentur für religiöse Angelegenheiten“ soll Extremismus entgegenwirken

Astana (Fidesdienst) – In Kasachstan wird es künftig eine neue „Agentur für religiöse Angelegenheiten“ geben, die als offizielles Organ der Regierung für die Beziehungen zu den Religionsgemeinschaften zuständig sein wird. Mit einem in den vergangenen Tagen unterzeichneten Dekret wurde der „Ausschuss für Religiöse Angelegenheiten“, der dem Ministerium für Kultur unterstellt war, in die „Agentur für Religiöse Angelegenheiten“ umgewandelt, die dem Präsidentenamts direkt untersteht. Alle Beamten, die bisher im Ausschuss tätig waren, werden künftig für die Agentur arbeiten und dabei dieselben Kompetenzen ausüben. Wie einheimische Beobachter dem Fidesdienst berichten, soll diese Maßnahme eine direkte Kontrolle des Präsidentenamts im Hinblick auf Gesetze und Normen sowie bei den Beziehungen zwischen Staat und Religion garantieren, insbesondere im Zusammenhang mit Befürchtungen im Hinblick auf den wachsenden religiösen Extremismus in der Gesellschaft.

Wie die Beobachter aus Kreisen der Zivilgesellschaft berichten fand gestern in Astana eine Konferenz zum Thema „Aktuelle religiöse Situation: Probleme und Entwicklungstrends“ statt, an der zahlreiche Religionsvertreter und Beobachter, sowie Wissenschaftler und Staatsbeamte teilnehmen, die vor der wachsenden Zahl von Opfern extremistischer und terroristischer Gruppen mit religiösem Hintergrund warnten. Wie aus Daten einheimischer Nichtregierungsorganisationen hervorgeht, lag die Zahl der Opfer des religiösen Extremismus in Kasachstan im Jahr 2010 bei 940, was einen Anstieg um 15% im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Im Land gibt es bereits 14 Zentren, die sich auf verschiedenen Ebenen für den Schutz der Menschenrechte und der Religionsfreiheit einsetzen und sich um den Schutz von Gewaltopfern bemühen. Diese Zentren werden in ihren Absichten auch von der Regierung unterstützt und könnten zukünftig auch finanzielle Mittel aus der Staatskasse erhalten.

Jüngste Sprengstoffattentate in Astana und Aktobe – so die Konferenzteilnehmer – seien Anzeichen dafür, dass Extremisten und Terroristen im Land aktiv sind. Viele kasachische Bürger kämpften auch in den Reihen der Taliban in Afghanistan. Angesichts der Existenz von insgesamt 4.500 religiösen Vereinen in Kasachstan, die nicht alle registriert oder legal sind, erinnerten die Teilnehmer auch an die Notwendigkeit der Änderung des „Gesetzes zur Religionsfreiheit“ und der Förderung einer Zusammenarbeit zwischen Regierung, Nichtregierungsorganisationen, Religionsgemeinschaften und Forschungszentren.

Kasachstan ist organisiert alle drei Jahre (in Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Konferenz, den Vereinten Nationen, UNESCO und der OSZE) einen Kongress, zu dem die Vertreter aller großen Weltreligionen eingeladen sind. Das Land hat eine muslimische Mehrheit (51%), während Christen 13% der Bevölkerung ausmachen und viele Bürger sich als Atheisten bezeichnen. (PA) (Fidesdienst, 04/06/2011)